

Surplus

Das Wirtschaftsmagazin

Übergewinnsteuer

Rüstung

Öl

Gastbeitrag

Eine dauerhafte und sektorübergreifende Übergewinnsteuer ist sinnvoll

Viele Unternehmen profitieren von Krisen. Eine sektorübergreifende und dauerhafte Übergewinnsteuer könnte die Kriseninfrastruktur stärken.

Carl Mühlbach + Leo Laurin Wagener

24. September 2026, 14:32 – 3 Minuten Lesedauer

Finanz- und Wirtschaftsministerium streiten darüber, ob eine Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne sinnvoll ist. Das wäre sie, denn sie kann gravierende finanz- und verteilungspolitische Schieflagen angehen, die das Erstarken rechtsextremer Kräfte, wie zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt, begünstigen.

Langfristig sollte eine Übergewinnsteuer aber nicht nur auf einzelne Branchen oder Krisen beschränkt bleiben. Klug ausgestaltet, kann sie das Steuersystem dauerhaft krisenfester machen und auf eine Welt vorbereiten, in der wirtschaftliche sowie geopolitische Schocks und damit auch Krisengewinne häufiger auftreten.

Krisen produzieren nicht nur Verlierer

Handelskonflikte oder Kriege führen häufig dazu, dass Großunternehmen ihre Preise deutlich anheben und außergewöhnlich hohe Gewinne erzielen. Diese Preissteigerungen lassen sich meist nicht allein auf gestiegene Produktions- oder Importkosten zurückführen. Unternehmen können vielmehr eine krisenbedingt

rasant steigende Nachfrage, Inflation, oder Preisschwankungen auf internationalen Rohstoffmärkten ausnutzen, um ihre Profitmargen auszuweiten. Besonders groß sind solche Preissetzungsspielräume in Märkten mit wenig Wettbewerb, in denen einige Unternehmen einen großen Teil des Angebots kontrollieren.

Auf dem deutschen Mineralölmarkt wurden etwa allein in den ersten fünf Monaten seit Beginn des Iran-Kriegs zusätzliche Gewinne in Höhe von fast 4 Milliarden Euro generiert, wie eine Studie im Auftrag von Greenpeace zeigte. Zwar stiegen kriegsbedingt zeitweise internationale Rohölpreise, doch die Verbraucherpreise an der Zapfsäule stiegen deutlich stärker als die zugrunde liegenden Rohölpreise. Vergleichbare Dynamiken zeigen sich etwa in der Rüstungsbranche, wo sich Preise teils mehr als verdoppelt haben und Profitmargen steigen. Das teilte der Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für den Wehretat, Andreas Schwarz, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) im Juni mit.

Zwei dringliche Gründe für eine Übergewinnsteuer

Diese Entwicklung ist in zweifacher Hinsicht problematisch: Sie verschärft die Verteilungsungleichheit, begünstigt damit den Aufstieg rechtsextremer Kräfte und belastet zugleich die ohnehin angespannten öffentlichen Finanzen. Die Kosten und Gewinne der Krise werden höchst ungleich verteilt: Unternehmen fahren krisenbedingte Rekordgewinne ein, während Bürger höhere Preise an der Tankstelle zahlen und schlussendlich weniger Geld in der Tasche haben. Das trifft vor allem Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen, die einen Großteil ihres Einkommens verkonsumieren. Die jüngsten Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern unterstreichen zudem, dass die hierdurch entstehenden materiellen Sorgen zum weiteren Erstarken rechtsextremer Kräfte beitragen.

Die hohen Preise belasten aber nicht nur Privathaushalte, sondern auch die öffentlichen Finanzen. Eine preisbedingte Dämpfung des inländischen Konsums kann die wirtschaftliche Dynamik schwächen – insbesondere wenn zugleich Exportmärkte unter Druck geraten. Die Preissteigerungen drohen somit, den gerade begonnenen, zarten Aufschwung zu dämpfen, was zu weniger Steuereinnahmen führen würde. Werden die Preissteigerungen wiederum durch Steuersenkungen oder Transfers abgedämpft, reißt auch das Lücken in den bereits strapazierten Bundeshaushalt.

Eine kluge Übergewinnsteuer als politische Antwort

Es besteht also dringlicher politischer Handlungsbedarf. Gepaart mit kartellrechtlichen Maßnahmen kann eine Übergewinnsteuer dazu beitragen, die außergewöhnlich hohen Gewinne steuerlich zu erfassen und sie anschließend dem Gemeinwohl zuzuführen – ohne dabei öffentliche Haushalte zusätzlich zu belasten. Wird sie klug ausgestaltet, kann sie zusätzlich die Staatsfinanzen dauerhaft zukunftsfähiger machen, indem das Steuersystem auf kommende Krisen(gewinne) vorbereitet wird und nicht jedes Mal aufs Neue reaktiv eine Antwort ausgehandelt werden muss.

Aktuell wird insbesondere die Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne diskutiert. Das ist nachvollziehbar und kurzfristig sinnvoll. Übergewinne könnten anhand des durchschnittlichen steuerpflichtigen Gewinns mehrerer Vorkrisenjahre bestimmt werden. Nur deutlich darüberliegende Gewinne würden zusätzlich besteuert. Diesem Prinzip folgte bereits der EU-Krisenbeitrag von 2022: Bei fossilen Unternehmen wurden Gewinne, die mehr als 20 Prozent über dem Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021 lagen, mit mindestens 33 Prozent zusätzlich besteuert.

Langfristig braucht es eine größere Lösung

Auf lange Sicht böte eine dauerhafte und sektorübergreifende Übergewinnsteuer Vorteile. Statt nur für einzelne Branchen, würde sie außergewöhnlich hohe Gewinne grundsätzlich erfassen, etwa auch in der Rüstungs- oder Digitalwirtschaft. Hiermit könnte man eine steuerliche Ungleichbehandlung verschiedener Branchen vermeiden.

Gleichzeitig würde eine solche Regelung das Steuersystem krisenfester machen. Denn welche Unternehmen von einer Krise außergewöhnlich profitieren, lässt sich schlecht vorhersagen. Heute sind es Mineralöl- und Rüstungskonzerne, bei den nächsten Lieferkettenkrisen oder Klimaereignissen könnten es andere Branchen sein. Statt nach jedem Schock neue Sonderregeln zu schaffen, wäre der steuerliche Umgang mit außergewöhnlich hohen Gewinnen bereits geklärt. Das würde auch der Wirtschaft Planungssicherheit geben. Bei der konkreten Ausgestaltung wäre eine Orientierung an der OECD-Unternehmenssteuerreform möglich. Sie definiert bei sehr großen Konzernen Gewinne oberhalb einer Vor-Steuer-Umsatzrendite von zehn Prozent als *residual profits*, also Übergewinne, ohne daraus direkt

eine zusätzliche Übergewinnsteuer abzuleiten. Zum Vergleich: Die Vor-Steuer-Umsatzrendite deutscher nichtfinanzieller Unternehmen lag 2024 im Durchschnitt bei 4,4 Prozent, wie Zahlen der Bundesbank deutlich machen. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit und FiscalFuture schlagen vor, dies als Ausgangspunkt für eine allgemeine Übergewinnbesteuerung weiterzuentwickeln. Hohe Anfangsinvestitionen kapitalintensiver Branchen könnten dabei über Ausnahmeregelungen berücksichtigt werden.

Eine fiskalische Infrastruktur für künftige Krisen

Bislang reagiert das Steuersystem auf Krisengewinne überwiegend nachträglich: Erst kommt die Krise, es entstehen außergewöhnliche Gewinne – und erst danach beginnt die politische Debatte darüber, ob und wie gegengesteuert werden kann. Bis eine Lösung gefunden ist, vergeht wertvolle Zeit. Dabei gehen Geld und Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat verloren.

Eine dauerhafte Übergewinnsteuer könnte diesen reaktiven Ansatz durch eine fiskalische Kriseninfrastruktur ersetzen. Statt in jeder Krise erneut über Finanzierungsfragen zu streiten, könnte sich die politische Debatte stärker darauf konzentrieren, wo der Staat investieren und wie er besonders betroffene Menschen konkret unterstützen kann.



Carl Mühlbach

Carl Mühlbach ist Ökonom und Gründer der NGO Fiscal Future, die sich für zukunftsfähige Finanzpolitik einsetzt.

+ Folgen



Leo Laurin Wagener

Leo Laurin Wagener ist Politökonom und Referent für Steuerpolitik beim Verein FiscalFuture, der sich für eine zukunftsfähige Finanzpolitik einsetzt.

+ Folgen